

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Situation der Wohnungs- und Obdachlosen in der Corona-Krise

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 039.21 / 28.01.2021

Das Prinzip „Housing First“ sollte eine größere Rolle spielen

Obdachlosigkeit ist sozialpolitisch von enormer Bedeutung. Die Diakonie geht von mehr als 8.000 Menschen in Schleswig-Holstein aus, die keinen festen Wohnsitz haben. Das ist ein Armutszeugnis und sozialer Sprengstoff.

Viele Obdachlose sind einsam, viele sind krank, viele sehen keine Perspektive. Die Situation hat sich durch die Corona Pandemie verschärft. Viele Angebote haben aufgrund der Corona Regeln geschlossen. Wer noch offen hat, kann nur noch einem Bruchteil der Menschen helfen. Essen nicht mehr im Warmen, sondern nur noch to-go. Übernachtungen oftmals nicht in festen Räumen, sondern in Containern. Abstandsregeln führen dazu, dass viel weniger Personen aufgenommen werden können.

Es ist Winter. Menschen, die auf der Straße leben, sind in diesem Winter besonders gefährdet. Wir können von Glück sagen, dass es bisher relativ mild gewesen ist. Sich in Zeiten von Corona ein klein wenig Privatheit zu schaffen, Hygieneregeln einzuhalten, Kontakte zu erhalten – all das ist für obdachlose Menschen fast nicht möglich.

Zum Beispiel: Wie komme ich an einen Mundschutz und wie halte ich ihn hygienisch? - Das ist keine einfache Sache. Wohnungs- und obdachlose Menschen haben dieselben Rechte, denselben Anspruch auf Respekt und menschenwürdige Behandlung wie alle anderen, auch in der Pandemie.

Es gibt auch in Schleswig-Holstein aktuell gute Beispiele. In Kiel hat die Stadt neben den bestehenden Notunterkünften mehrere beheizbare Container mit 18 Plätzen

bereitgestellt. Sie werden von Diakonie und Caritas betreut.

In Lübeck stehen 25 zusätzliche Schlafplätze in Containern zur Verfügung. Zusätzlich ist in Lübeck seit kurzem eine mobile Arztpraxis unterwegs, die Menschen ohne festen Wohnsitz kostenlos behandelt.

Die diakonische Wohnungslosenhilfe in Husum hat eine komplett eingerichtete Wohnung angemietet, in der mehrere Personen untergebracht werden können. Außerdem werden in mehreren Städten Wohnungslose in Hostels oder Hotels untergebracht.

Weil viele Wohnungslose seit der Pandemie Kontakte vermeiden, gibt es auch ein paar Angebote, die darauf eingehen. In Norderstedt wird alternativ warmes Essen in einem Außenbereich ausgegeben, in Pinneberg ist ein entsprechendes Angebot in der Entwicklung.

Auch die Landesregierung ist nicht untätig. Das Land Schleswig-Holstein fördert die Beratungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen mit einer guten Million Euro pro Jahr. Zusätzlich unterstützt sie das Winternotprogramm der Diakonie mit 20.000 Euro. Angesichts der Corona Pandemie haben wir landesseitig noch eine Schippe draufgelegt. Im Fonds für soziale Härten stehen für Kommunen und Träger drei Millionen Euro zur Unterstützung von wohnungs- und obdachlosen Menschen bereit. Diese Mittel sind in 2020 sehr gut in Anspruch genommen worden. Deshalb machen wir Grüne uns dafür stark, dass in 2021 noch einmal dieselbe Summe bereitgestellt wird.

Der Weg in die Obdachlosigkeit ist kurz: Arbeitslosigkeit, Scheidung, der Tod von nahen Angehörigen, Erkrankungen oder Verschuldung treiben Menschen in die Obdachlosigkeit. Leider ist das viel zu oft eine Spirale ohne Umkehr. Die Rückkehr aus der Obdachlosigkeit in ein normales Leben mit festem Wohnsitz ist extrem schwer. Alleine ist dieser Weg nicht zu bewältigen. Deswegen ist es wichtig, dass es auf kommunaler Ebene Beratungsangebote gibt. Es ist wichtig, dass es ausreichend Notunterkünfte und Unterbringungsmöglichkeiten gibt.

Das allein reicht aber nicht aus. Aus einer so unsicheren Situation kommt man nicht in Arbeit, nicht unter Menschen, nicht in normales Fahrwasser. Erst eine geregelte Wohnsituation, macht es möglich, zur Ruhe zu kommen und sich auf die Suche nach den eigenen Ressourcen zu begeben. Das ist der Ansatz von „Housing First“. Den finden wir Grüne richtig.

Zu Beginn der Corona-Pandemie haben zum Beispiel Kommunen in Niedersachsen wohnungslose Menschen in Hotels und Jugendherbergen untergebracht, die während des Lockdowns nicht genutzt werden konnten. Was als Notlösung gedacht war, wurde für viele wohnungslose Menschen der Beginn einer positiven Entwicklung. In Hannover konnte ein Großteil dieser rund 100 Menschen innerhalb weniger Monate in weiterführende Hilfen und zum Teil in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden. Die Wirksamkeit des Prinzips „Housing First“ ist wissenschaftlich belegt. Und sie bewährt sich in der Praxis - auch unter erschwerten Bedingungen.

Das Land Schleswig-Holstein wird die Kommunen auch in Zukunft dabei unterstützen, die bestehenden Beratungs- und Unterbringungsangebote weiterzuentwickeln. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass dabei „Housing First“ eine größere

Rolle spielt. Halten wir fest, dass eine ausreichende Versorgung, aber auch Solidarität und vor allem Respekt nötig sind, um Menschen ohne festen Wohnsitz den Weg zurück ins normale Leben zu ermöglichen.
